

Die New York Times versucht das Scheitern des US-Präsidenten Obama im Afghanistan-Krieg zu erklären.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 009/17 – 16.01.17

Der Krieg in Afghanistan und die Wandlung Obamas

Von Mark Landler

The New York Times, 01.01.17

(<http://www.nytimes.com/2017/01/01/world/asia/obama-afghanistan-war.html>)

WASHINGTON – Die Berater des Präsidenten Obama waren im Frühjahr und Sommer 2015 mit einem schwierigen Problem beschäftigt: Wie sollten sie Afghanistan stabilisieren, und gleichzeitig Obamas Ziel realisieren, die letzten US-Truppen noch vor dem Ende seiner Amtszeit aus diesem umkämpften Land abzuziehen?

Die Lösung kam von Obama selbst: Anfang August des Jahres 2015 berief Obama seinen National Security Council (weitere Informationen dazu sind aufzurufen unter https://de.wikipedia.org/wiki/United_States_National_Security_Council) zu einer Sitzung ein, warf einen Blick in die Runde und verkündete eine überraschend realistische Einsicht:

"Das Fiebern in diesem Raum hat ein Ende," soll der Präsident nach Aussage eines Teilnehmers erklärt haben. "In Afghanistan kann es nicht mehr um 'Nation Building' (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Nationenbildung>) gehen."

Obama sprach damit aus, was nicht nur er, sondern alle im Lageraum Versammelten bereits wussten: Den USA würde es trotz eines 14-jährigen Krieges, der Milliarden Dollars und mehr als 2.000 US-Soldaten das Leben gekostet hatte, niemals gelingen, Afghanistan in einen auch nur annähernd demokratischen Staat zu verwandeln, der sich selbst verteidigen könnte.

Der Präsident fügte dann noch hinzu, "der Kampf gegen den Terrorismus" müsse "unbedingt fortgeführt" werden. Wie trostlos die Zukunftsperspektiven Afghanistans auch seien, die USA könnten nicht einfach abziehen und zulassen, dass dieses Land erneut zur Brutstätte für Extremisten werde.

Einige Wochen später stoppte der Präsident den Abzug und gab bekannt, dass Tausende von US-Soldaten in Afghanistan bleiben würden.

Das war ein entscheidender Wendepunkt in Barack Obamas Zielsetzung. Der Kriegsgegner von 2008, der sich verpflichtet hatte, im "guten Krieg" in Afghanistan zu siegen und den "schlechten Krieg" George W. Bushs im Irak zu beenden, hatte damit zugegeben, dass der längste Militäreinsatz in der US-Geschichte nicht in seiner Amtszeit zu Ende gehen würde. Der optimistische Präsident, der den Afghanistan-Krieg für "gewinnbar" gehalten hatte, musste als Oberbefehlshaber die bittere Erfahrung machen, dass ein Krieg nicht so schnell wieder zu beenden ist.

Es scheint Obama aber schwer zu fallen, die richtigen Lehren aus dieser Erfahrung zu ziehen. "Wir sollten uns davor hüten, sämtliche Probleme, in die irgendein anderes Land gerät, als Misserfolg der US-Außenpolitik zu werten," sagte der Präsident in einem Interview im September.

Dass Obama den Krieg in Afghanistan jetzt auch noch an Donald J. Trump vererben muss, einen Präsidenten der das Engagement der USA in Konflikten im Ausland noch kritischer als er selbst sieht, muss besonders enttäuschend für ihn sein, weil er schon 2009 in seiner Rede zur Verleihung des Friedensnobelpreises gesagt hat: "Krieg ist zwar manchmal notwendig, ab einem gewissen Niveau ist er aber auch Ausdruck der menschlichen Torheit."

Der Krieg in Afghanistan hat das Denken Obamas über grundlegende Fragen wie Krieg oder Frieden und den Einsatz militärischer Gewalt stärker als jeder andere Konflikt geprägt. Darin hat er seine Vorliebe für Drohnen entdeckt, die Grenzen des Engagements der USA ausgelotet, mit seinen Generälen gestritten und die Unzuverlässigkeit ausländischer Staatenlenker erlebt. Dieser Krieg hat seine Abneigung gegen die Entsendung von US-Bodentruppen in ausländische Konflikte verstärkt und ihn daran gehindert, im Irak, in Libyen, in Syrien und den anderen Kriegszonen noch mehr Gewalt anzuwenden.

Er hat ihm auch viele seiner Hoffnungen genommen.

"Wenn wir fremde Gesellschaften stabilisieren und ihren Menschen zu mehr Sicherheit und einem besseren Leben verhelfen wollen, müssen wir lernen, dass wir dafür sehr lange und hart zu arbeiten haben."

"Ein Krieg, den wir gewinnen müssen"

Als Obama noch Senator des Staates Illinois war, wurde er im Oktober 2002 bekannt, als er den geplanten US-Überfall auf den Irak als "dummen Krieg" bezeichnete. In der gleichen Rede sagte er aber auch: "Ich lehne den Krieg nicht grundsätzlich ab". Den in Afghanistan, sehe er als "gerechten Krieg" an, weil er gegen die Urheber der 9/11-Terroranschläge gerichtet sei.

"Ich würde sogar selbst zu den Waffen greifen, um eine weitere derartige Tragödie zu verhindern," erklärte er in seiner Rede auf der Federal Plaza in Chicago.

Als Präsidentschaftskandidat der Demokraten räumte er im Juli 2008 dem "guten Krieg" in Afghanistan Vorrang vor dem Krieg im Irak ein; obwohl er selbst den Ausdruck "guter Krieg" nie gebraucht hat, wurde er ihm immer wieder zugeschrieben.

Obama lobte auch die im gleichen Jahr von Bush veranlassten US-Truppenverstärkungen im Irak – nicht, weil er glaubte, die irakische Gesellschaft könne dadurch umgestaltet werden, sondern weil er hoffte, nach Erfolgen im Irak mehr Soldaten nach Afghanistan schicken zu können.

Er forderte: "Den Krieg in Afghanistan müssen wir gewinnen," und versprach, noch mindestens zwei Kampfbrigaden mit rund 10.000 Soldaten nach Afghanistan zu schicken.

Die US-Streitkräfte lagen im Sommer 2008 auch in Afghanistan nicht auf Siegeskurs. Obwohl bereits 50.000 US-Soldaten dort kämpften, errangen die Taliban einen Erfolg nach dem anderen. In dem Gefecht von Wanat, einem blutigen Debakel, wurden neun US-Soldaten getötet, als die Taliban einen einsamen Vorposten in der weit im Osten gelegenen Provinz Nuristan einfach überrannten.

Admiral Mike Mullen (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Michael_G._Mullen), der damalige Chef des US-Generalstabes, gab Obama recht, als der die Situation in Afghanistan "unsicher und dringend verbesserungsbedürftig" nannte. Bis Ende 2008 starben insgesamt

über 100 US-Soldaten in Afghanistan, mehr als in jedem anderen Jahr seit Beginn des Krieges.

Als Obama im Januar 2009 das Präsidentenamt antrat, beauftragte er den früheren Geheimdienstanalysten Bruce Riedel (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Bruce_Riedel) mit einer schnellen Einschätzung der politischen Situation in Afghanistan. Noch bevor dessen Einschätzung vorlag, schickte er auf Empfehlung des Pentagons 17.000 zusätzliche Soldaten nach Afghanistan und erhöhte damit die US-Bodentruppen auf insgesamt rund 70.000 Mann.

Weil die Taliban auch im Herbst 2009 noch Erfolge erzielten, wurde Obama von Militärkommandeuren und wichtigen Mitgliedern seines Kriegsrates, zu denen auch seine Außenministerin Hillary Clinton gehörte, gedrängt, noch mehr für Afghanistan zu tun.

Sie verlangten von ihm, eine ehrgeizige Strategie zur Counterinsurgency (Aufstandsbe- kämpfung, s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Aufstandsbe%C3%A4mpfung>) zu verfolgen, die noch mehr Truppen und viel Zeit und Geld erfordern würde; mit dem Bau von Straßen, Brücken und Schulen sollte das Vertrauen der afghanischen Bevölkerung gewonnen und eine funktionierende Regierung eingesetzt werden.

Für die unter der Abkürzung COIN bekannte Strategie hätten nach Meinung seiner Berater weitere 40.000 Männer und Frauen in Uniform nach Afghanistan entsandt werden müs- sen.

"Die positive Wirkung der Truppenverstärkung, mit der eine Wende im Irak-Krieg herbeige- führt werden konnte, wirkte noch nach," erläuterte Vali R. Nasr (s. unter https://en.wikipe- dia.org/wiki/Vali_Nasr), ein ehemaliger Berater des US-Außenministeriums für Afghanis- tan und Pakistan. "Ich glaube nicht, dass Obama damals in der Lage war, den US-Militärs in Afghanistan zu widersprechen und eigene Vorstellungen umzusetzen."

"Er hat sich wohl fügen müssen," ergänzte Nasr, der jetzt Dekan der Johns Hopkins School of Advanced International Studies (weitere Infos dazu unter https://de.wikipe- dia.org/wiki/Paul_H._Nitze_School_of_Advanced_International_Studies) ist.

So fand sich Obama nach monatelangen internen Debatten schließlich dazu bereit, 30.000 zusätzliche US-Soldaten nach Afghanistan zu schicken, legte aber gleichzeitig eine Frist für ihren stufenweisen Abzug fest, der ab Juli 2011 beginnen sollte. Seine Mitarbeiter lie- ßen später durchblicken, dass ihn die Militärs eigentlich erpresst hätten, weil sie ihm kaum eine andere Wahl ließen.

Sogar einige ehemalige Militärkommandeure gaben später zu, dass die große Truppen- verstärkung nur deshalb möglich war, weil man Obama gesagt hatte, ansonsten müsse man mit einer sicheren Niederlage rechnen.

"Präsident Obama hat das Militär um mehr Optionen ersucht," teilte der pensionierte Ge- neral Karl W. Eikenberry (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Eikenberry) mit, der von 2005 bis 2007 Kommandierender General in Afghanistan und später Obamas Botschafter in Kabul war. Das Militär habe sich aber nicht auf größere Abstriche eingelassen.

Eikenberry hatte 2009 eine politisch brisante Botschaft nach Washington geschickt, in der er große Zweifel am Erfolg der Truppenverstärkung äußerte und große Probleme für die Zukunft vorhersagte. Er fragte, ob man nur verhindern wolle, dass Afghanistan erneut zu einem sicheren Hafen für Al-Qaida werde, oder hoffe, es in einen demokratischen Staat

wie Dänemark verwandeln zu können? "Als die Truppenverstärkung kam, wusste jeder, dass Großes geschehen sollte," sagte Eikenberry. "Tatsächlich wusste aber niemand, was eigentlich erreicht werden sollte."

Weil Obama alle Versuche zum "Nation Building" ohnehin sehr skeptisch sieht, dauerte es nicht lange, bis er sich desillusioniert davon abwandte. Im Frühjahr 2010, nur wenige Monate nach der erneuten Truppenverstärkung, wurde er von David H. Petraeus (s. https://de.wikipedia.org/wiki/David_Petraeus), dem damaligen CENTCOM-Kommandeur (s. https://de.wikipedia.org/wiki/United_States_Central_Command), der einer der Architekten der neuen Strategie war, über den aktuellen Stand der COIN informiert.

Bezugnehmend auf eine anthropologische Theorie der Universität Chicago, erklärte General Petraeus seinem Oberbefehlshaber, wie das Zusammenleben der Sippen in Kandahar funktioniert. Obama hörte ihm einige Zeit zu, schnitt ihm dann aber das Wort ab: "Wir können uns nicht um das Zusammenleben in Kandahar kümmern," soll er nach Aussage anwesender Zuhörer ziemlich barsch gesagt haben.

"Obama glaubt, das Militär sei zu enormen Leistungen fähig," erklärte Benjamin J. Rhodes (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Ben_Rhodes), einer der führenden Sicherheitsberater Obamas. "Es kann Kriege gewinnen und Konflikte stabilisieren. Das Militär kann aber keine politische Kultur und keine neue Gesellschaft aufbauen."

"Afghanistan in einen annehmbaren Zustand versetzen"

Am Ende seiner ersten Amtszeit hatte Obama eingesehen, dass er "Afghanistan nur in einen annehmbaren Zustand" versetzen konnte. Diese Einsicht, die bereits seit 2010 im Weißen Haus kursierte, besagte, dass man auf die Politik des "Nation Building" verzichten und sich damit begnügen müsste, Terroristen zu jagen und die Taliban an der erneuten Übernahme des Landes zu hindern, um den Großteil der US-Truppen wieder abzuziehen zu können.

Nach dieser Neuorientierung begannen sich die Verhältnisse in Afghanistan zu bessern. Im August 2010 befanden sich 100.000 US-Soldaten auf afghanischem Boden, und es gelang ihnen, die Taliban in einigen wichtigen Gebieten zurückzudrängen. Trotz der relativ geringen militärischen Erfolge meinte Ryan Crocker (s. dazu auch https://de.wikipedia.org/wiki/Ryan_Crocker), der die US-Botschaft in Kabul 2002 wiedereröffnet hatte und 2011 als Botschafter dorthin zurückkehrte: "Damals sah alles ganz großartig aus."

Die Aktion der Navy SEALs im Mai 2011, bei der Osama bin Laden in Pakistan getötet wurde (s. auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP07711_050511.pdf , http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP08011_110511.pdf sowie http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP12911_120811.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP08711_240511.pdf) weckte in Obama die Hoffnung, auf dem richtigen Weg zur Beendigung des Krieges in Afghanistan zu sein.

In der Nacht zum 1. Mai 2012 rollte die Präsidentenmaschine Air Force One hinter einem Hangar auf der Joint Base Andrews (weitere Informationen dazu s. unter https://de.wikipedia.org/wiki/Joint_Base_Andrews_Naval_Air_Facility) hervor und nahm Obama für einen geheimen Flug nach Afghanistan an Bord. Dort wollte er ein Abkommen über eine strategische Partnerschaft mit dem afghanischen Präsidenten Hamid Karzai schließen, um die Beziehungen zu den USA nach 2014 zu regeln; in diesem Jahr sollten die US-Truppen komplett abziehen, und Afghanistan sollte die Verantwortung für seine Sicherheit selbst übernehmen.

Seine Mitarbeiter hatten Obama aus Sicherheitsgründen von der Reise abgeraten, er sah sie aber als wichtigen Meilenstein an.

Die Vereinbarung sah eine "andauernde Partnerschaft" zwischen den USA und Afghanistan und die Zusicherung weiterer Hilfen zur Entwicklung der afghanischen Wirtschaft und der öffentlichen Einrichtungen vor. Diese Versprechungen konnten aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Obama den Krieg beenden und die US-Truppen möglichst bald abziehen wollte.

Von der Air Base Bagram aus wandte er sich an die afghanische Bevölkerung, um das nahe Ende des US-Engagements in Afghanistan anzukündigen: "Vor einem Jahr starteten auf einer Basis in Afghanistan US-Truppen zu einer Operation, bei der Osama bin Laden getötet wurde. Damit ist mein Ziel, Al-Qaida zu besiegen und ihren Wiederaufstieg zu verhindern, eigentlich erreicht."

Eine Stunde vorher hatte sich Obama mit Karzai getroffen. Beide konnten sich nicht austehen, denn bei einer früheren Begegnung hatte Obama die grenzenlose Korruption in der afghanischen Regierung kritisiert, und bei diesem Treffen kamen sie sich auch nicht näher. Der ehemalige Botschafter Crocker erinnerte sich daran, dass der Präsident "sehr abweisend und ziemlich kühl" war; das ärgerte ihn, weil er fast ein ganzes Jahr gebraucht hatte, um Karzai zu dem Treffen zu bewegen.

Das Treffen blieb erfolglos, weil sich Karzai weigerte, einen langfristigen Sicherheitsvertrag mit Washington zu schließen; Obama musste auf Karzais Nachfolger Aschraf Ghani (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Aschraf_Ghani) warten. Nach Aussage seiner Mitarbeiter hinterließ das erfolglose Treffen mit Karzai einen bleibenden Eindruck bei Obama. Er habe daraus geschlossen, dass die USA auch unter Einsatz von sehr viel Blut und Geld keinen Erfolg in einem anderen Land erzielen könnten, wenn ihnen ein geeigneter Partner fehle.

Diese Erfahrung wirkte sich auch auf Obamas Beziehungen zu führenden Politikern in Pakistan und Israel aus, zu denen er ebenfalls keinen Zugang fand. "Eins der schwierigsten Probleme in der Außenpolitik, das häufig unterschätzt wird, ist der Umgang mit schwierigen Partnern," meinte Sicherheitsberater Rhodes.

ISIS, eine neue ausufernde Bedrohung

Als Obama im August 2015 vor seinem National Security Council sein Scheitern eingestand, waren die Taliban wieder auf dem Vormarsch – mit dreisten Terroranschlägen im Zentrum Kabuls und einer militärischen Offensive in den Provinzen Kunduz und Uruzgan (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Uruzgan>).

Noch schlimmer war die neue Bedrohung durch den Islamischen Staat, der auch unter den Abkürzungen ISIS oder ISIL bekannt und im von den US-Streitkräften unbefriedet verlassenen Irak entstanden ist, aber auch Rekruten im Hindukusch aufammelt.

Obama wollte nicht auf den Chor der Warner hören, die ihn davon abbringen wollten, den größten Teil der noch in Afghanistan verbliebenen US-Truppen Ende 2016 abzuziehen.

"Immer wieder habe ich das Mantra gehört, Präsident Obama wolle seinem Nachfolger nicht das Durcheinander hinterlassen, das er selbst von seinem Vorgänger geerbt hat," sagte Daniel F. Feldman (s. <https://www.state.gov/r/pa/prs/ps/2014/11/234471.htm>), der von 2014 bis 2015 US-Sonderbeauftragter für Afghanistan und Pakistan war.

Weil der Islamische Staat so gefährlich wurde, dass auch wieder US-Truppen in den Irak geschickt werden mussten, war Obama aber dazu gezwungen, auch seinen Afghanistan-Kurs zu ändern. "Der ISIL hat im Irak ein Vakuum vorgefunden, und in Afghanistan drohte ein ähnliches Vakuum," stellte Sicherheitsberater Rhodes dazu fest.

Obama habe das nicht nur wegen wachsender Befürchtungen getan. Nach einer langen Zeit politischer Lähmung sei unter der Präsidentschaft Ghannis auch wieder eine handlungsfähige afghanische Regierung gebildet worden. Zum ersten Mal seit dem Amtsantritt habe Obama (in Afghanistan) einen Partner bekommen, mit dem er Vereinbarungen treffen konnte. Weil die von US-Militärberatern trainierten afghanischen Streitkräfte im Kampf gegen die Taliban schwere Verluste erlitten hätten, sei Obama zu der Überzeugung gelangt, dass sie weiterhin unterstützt werden müssten.

Bei dem Kriegsrat, den Obama an diesem Morgen im August 2015 hielt, wurde dann heftig über den notwendigen Umfang der US-Unterstützung debattiert.

Vizepräsident Joseph R. Biden jr., der Afghanistan seit Beginn seiner Amtszeit im Jahr 2009 eher kritisch sah, war der Meinung, das Chaos in Afghanistan sei nicht mehr zu beherrschen, völlig unabhängig davon, wie lange die US-Streitkräfte noch im Land blieben. "Es ist egal, ob wir schon morgen oder erst in 10 Jahren abziehen," soll er nach Angaben von Teilnehmern erklärt haben. Das habe er wie eine beschädigte Schallplatte ständig wiederholt.

General Martin E. Dempsey (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Martin_E._Dempsey), der Admiral Mullen als Chef des US-Generalstabes nachgefolgt war, setzte sich dafür ein, US-Truppen lediglich in Kabul und Bagram und auf einigen Basen im Osten und Süden Afghanistans zu belassen. Die verbleibenden 10.000 US-Soldaten sollten nur noch Terroristen jagen und verhindern, dass Afghanistan außer Kontrolle geriet.

Nach Angaben mehrerer Beteiligten legte General Dempsey dem Präsidenten nahe, Afghanistan in eine zusammenhängende Front zur Terrorbekämpfung einzubeziehen, die von Zentralasien bis nach Nordafrika und über Obamas Amtszeit hinaus reichen müsse.

Obama gefiel diese Idee. Sie stehe im Einklang mit den Grundsätzen seiner Rede, die er 2014 an der US-Militärakademie in West Point bei New York gehalten habe (s. unter <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2014/05/28/remarks-president-united-states-military-academy-commencement-ceremony>). Damals sagte Obama, die US-Streitkräfte sollten künftig ausländische Armeen trainieren und ausrüsten, um nicht mehr selbst in vorderster Front an deren Stelle kämpfen zu müssen. In diesem Zusammenhang gestand er auch ein, Afghanistan als nicht gelöstes Problem an seinen Nachfolger weitergeben zu müssen.

"Afghanistan gehört zu den politischen Problemen, deren Lösung ich dem nächsten Präsidenten überlassen muss," soll Obama auch auf dem Kriegsrat im August 2015 erklärt haben. "Ich möchte mich nicht dazu verpflichten, eine bestimmte Anzahl von US-Soldaten noch 10 Jahre oder länger in Afghanistan zu lassen, sondern nur die Voraussetzungen für eine längerfristige Lösung des Problems schaffen."

Obama scheint sich mit dieser Entwicklung abgefunden zu haben. Im einem Interview im September 2016 (s. https://www.youtube.com/watch?v=_DQeW5kzAi4 und <http://www.vanityfair.com/news/2016/09/barack-obama-doris-kearns-goodwin-interview>) bestritt er, in Afghanistan gescheitert zu sein. Er habe schließlich die Anzahl der US-Soldaten in diesem Land von über 100.000 auf weniger als 10.000 reduziert. Und die verbliebenen US-Sol-

daten würden die afghanischen Streitkräfte vor allem ausbilden und nur noch gelegentlich im Kampf unterstützen, auch wenn beide Aktivitäten nicht immer klar zu trennen seien.

Afghanistan sei ja schon vor der US-Invasion zerrüttet gewesen, und den USA sei es nicht gelungen, das Land wieder zu stabilisieren. "Afghanistan war schon einer der ärmsten Staaten der Welt mit den meisten Analphabeten, bevor wir kamen, und ist es immer noch" gab Obama zu. Das Land sei auch vorher schon in verschiedene Ethnien und Stämme zersplittert gewesen, und auch daran habe sich nichts geändert.

Afghanistan ist zum Ausgangspunkt für eine neue Art Krieg geworden – für einen chronischen Konflikt, der sich mittlerweile über einen ganzen Kreisbogen gescheiterter Staaten ausgedehnt hat und in dem die USA mindestens eine Nebenrolle, meistens aber die Hauptrolle spielen.

Auf dem NATO-Gipfeltreffen, das im Juli 2016 in Warschau stattgefunden hat, erklärte Obama, die kriegsmüde US-Bevölkerung könne sich nur schwer damit abfinden, dass ein Krieg nicht mehr – wie damals von dem US-General MacArthur und dem japanischer Kaiser – einfach für beendet erklärt werden könne (weitere Infos dazu s. unter https://de.wikipedia.org/wiki/Kapitulation_Japans).

Obama fügte hinzu: "Als Oberbefehlshaber der stärksten Armee der Welt verbringe ich viel Zeit mit der Lösung dieses Problems. Und ich gebe mich nicht damit zufrieden, dass wir es noch nicht geschafft haben."

(Wir haben den Artikel, in dem die Lügen über die 9/11-Anschläge [s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP12316_110916.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP12716_210916.pdf], mit denen der völkerrechtswidrige US-Überfall auf Afghanistan begründet wurde, natürlich nicht vorkommen, komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Auch die fatalen Folgen des US-Drohnenkrieges, die immer wieder zu Zerwürfnissen mit Karzai führte, werden nicht erwähnt. Der Autor dieses Nachrufs auf einen Hoffnungsträger, der auf ganzer Linie gescheitert ist, konnte sich wohl nicht entscheiden, ob er noch Verständnis für einen abtretenden Versager erwecken soll oder ihn schon kritisieren darf. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

The New York Times

The Afghan War and the Evolution of Obama

A strategy that went from a "good war" to the shorthand "Afghan good enough" reflects the president's coming to terms with what was possible in Afghanistan.

By MARK LANDLER

JAN. 1, 2017

WASHINGTON — President Obama's advisers wrestled with an intractable problem in the spring and summer of 2015: How could they stabilize Afghanistan while preserving Mr. Obama's longtime goal of pulling out the last American troops before he left office?

As it happened, the president solved the problem for them. In early August of that year, when Mr. Obama convened a meeting of the National Security Council, he looked around the table and acknowledged a stark new reality.

“The fever in this room has finally broken,” the president told the group, according to a person in the meeting. “We’re no longer in nation-building mode.”

What Mr. Obama meant was that no one in the Situation Room that day, himself included, thought that the United States — after 14 years of war, billions of dollars spent and more than 2,000 American lives lost — would ever transform Afghanistan into a semblance of a democracy able to defend itself.

At the same time, he added, “the counterterrorism challenges are real.” As bleak as Afghanistan’s prospects were, the United States could not afford to walk away and allow the country to become a seedbed for extremists again.

A few weeks later, the president halted the withdrawal and announced that he would leave thousands of American troops in the country indefinitely.

It was a crucial turning point in the evolution of Barack Obama. The antiwar candidate of 2008 who had pledged to turn around Afghanistan — the “good war” to George W. Bush’s “bad war” in Iraq — had conceded that the longest military operation in American history would not end on his watch. The optimistic president who once thought Afghanistan was winnable had, through bitter experience, become the commander in chief of a forever war.

He remains defensive about the lessons of that journey. “We shouldn’t assume that every time a country has problems that it reflects a failure of American policy,” the president said in an interview in September.

Now, as Mr. Obama prepares to turn the war over to Donald J. Trump, a leader even more skeptical than he is about the value of American engagement in foreign conflicts, Afghanistan captures the disillusionment of a man who believed, as he put it in his 2009 Nobel Peace Prize acceptance speech, “that war is sometimes necessary, and war at some level is an expression of human folly.”

More than any other conflict, Afghanistan shaped Mr. Obama’s thinking on the basic questions of war, peace and the use of military power. It is where he discovered his affinity for drones, sharpened his belief in the limits of American intervention, battled his generals and hardened his disdain for unreliable foreign leaders. It reaffirmed his suspicions about sending American troops into foreign conflicts and made him reluctant to use more force in Iraq, Syria, Libya and other war zones.

It also chastened him about his own hopes.

“When it comes to helping these societies stabilize and create a more secure environment and a better life for their people, we have to understand,” he said in the interview, “that this is a long slog.”

A War That We Have to Win’

Mr. Obama was a state senator from Illinois in October 2002 when he famously condemned Iraq as a “dumb war.” But in the same speech he also said, “I don’t oppose all wars.” He was referring to Afghanistan, which he viewed as a just war to hunt down the perpetrators of the Sept. 11 terrorist attacks.

“I would willingly take up arms myself to prevent such tragedy from happening again,” he told the crowd that day in Chicago’s Federal Plaza.

By July 2008, as the Democratic nominee for president, Mr. Obama had embraced Afghanistan as a priority over Iraq — the “good war,” in a phrase that he never actually used himself but that became so associated with his approach it was sometimes wrongly attributed to him.

Mr. Obama praised the Bush administration’s troop surge in Iraq that year not because he believed that the United States could transform Iraqi society, but because he thought that reducing the violence there would allow the nation to turn its attention to Afghanistan.

“This is a war that we have to win,” he declared. He promised to send at least two more combat brigades, or roughly 10,000 soldiers, to Afghanistan.

The United States was hardly on course for victory. Although there were already close to 50,000 American troops in Afghanistan as Mr. Obama campaigned that summer, the Taliban were gaining momentum. In a bloody debacle, nine American soldiers were killed in what became known as the Battle of Wanat when the Taliban brazenly overran a remote Army outpost in the far eastern province of Nuristan.

Adm. Mike Mullen, the chairman of the Joint Chiefs of Staff, echoed Mr. Obama in calling the situation in the country “precarious and urgent.” More than 100 Americans would die in Afghanistan by the end of 2008, a larger number than in any other prior year.

When Mr. Obama took office in January 2009, he ordered a quick policy review on Afghanistan by a former intelligence analyst, Bruce Riedel. But even before it was completed, he accepted a Pentagon recommendation to send 17,000 additional troops to Afghanistan, bringing the total to nearly 70,000 American troops on the ground.

By the fall of 2009, with the Taliban showing increased strength, Mr. Obama’s military commanders, backed by the elders on his war council, including Hillary Clinton, then his secretary of state, were pressing him to go much farther.

They urged on him an ambitious counterinsurgency strategy that had helped turn around the war in Iraq — a troop-heavy, time-consuming, expensive doctrine of trying to win over the locals by building roads, bridges, schools and a well-functioning government.

The strategy, known by its acronym COIN, would require as many as 40,000 additional American men and women in uniform in Afghanistan, his advisers told him.

“There was still the afterglow of the surge in Iraq, and the counterinsurgency narrative that had made the military the savior of the Iraq war,” said Vali R. Nasr, a former State Department adviser on Afghanistan and Pakistan. “I don’t believe Obama was in a position to pick a debate with the military on Afghanistan, and to assert what would be his worldview.”

“In many ways, I think, he deferred,” said Mr. Nasr, now the dean of the Johns Hopkins School of Advanced International Studies.

Although Mr. Obama agreed after months of internal debate to send 30,000 additional troops to Afghanistan, he placed a strict timetable on the mission, saying they would have to be withdrawn again, starting in July 2011. His aides later said he felt hijacked by a military that had presented him with a narrow band of options rather than a real choice.

Even some former military commanders agreed, saying that the troop deployments were framed in a way that made choosing a smaller number — 20,000, for example — look like a path to certain defeat.

“President Obama was asking the military for broad options,” said Karl W. Eikenberry, a retired general who served as the commander in Afghanistan from 2005 to 2007 and was later Mr. Obama’s ambassador to Kabul. But, he said, the military gave Mr. Obama only “variations” on “the more robust counterinsurgency model.”

Mr. Eikenberry, who wrote a politically explosive but prescient cable in late 2009 raising doubts about the wisdom of the surge, diagnosed a deeper problem with the policy. Was it simply to prevent Afghanistan from being a safe haven for Al Qaeda? Or was it to turn Afghanistan into another Denmark? “When he came in, everyone knew we were going to do more,” Mr. Eikenberry said. “But what we were trying to achieve was difficult to define.”

Given Mr. Obama’s innate wariness of nation-building, it didn’t take long for him to grow disenchanted with the Denmark option. A few months into the surge, in the spring of 2010, David H. Petraeus, the commander of the Pentagon’s Central Command and an architect of the strategy, was briefing him on the state of the counterinsurgency campaign.

Drawing on anthropology theory from the University of Chicago, General Petraeus explained to his commander in chief how neighborhoods in Kandahar related to one another. Mr. Obama listened for a while, then cut him off. “We can’t worry about how neighborhoods relate to each other in Kandahar,” he curtly told General Petraeus, according to people in the room.

“Obama believes the military can do enormous things,” said Benjamin J. Rhodes, the deputy national security adviser. “It can win wars and stabilize conflicts. But a military can’t create a political culture or build a society.”

‘Afghan Good Enough’

By the end of his first term, Mr. Obama had evolved to the point that he fully embraced the concept “Afghan good enough.” The phrase, which had been kicked around the White House since 2010, referred to the shift away from nation-building to a policy that was content with taking out the terrorists, preventing the Taliban from overrunning the country and putting a premium on getting the troops out.

By that new standard, things had improved in Afghanistan. By August 2010, 100,000 American troops were on the ground in Afghanistan and were pushing back the Taliban in some critical areas. Despite uneven progress in the military campaign, Ryan Crocker, a diplomat who had reopened the American Embassy in Kabul in 2002 and served there again as ambassador in 2011, recalled thinking, “Wow, this place looks great!”

The Navy SEAL raid that killed Osama bin Laden in Pakistan in May 2011 added to Mr. Obama’s conviction that he was on the way to closing the books on the war.

At midnight on May 1, 2012, Air Force One rolled out from behind a hangar at Joint Base Andrews to pick up the president for a secret trip to Afghanistan. He was going to sign a strategic partnership agreement with President Hamid Karzai that set the terms for relations after 2014, when the United States was scheduled to withdraw its combat troops and turn over Afghanistan’s security to the Afghans.

Aides to Mr. Obama had advised him not to go for security reasons, but he saw it as an important milestone.

The agreement promised an “enduring partnership” between the United States and Afghanistan, with pledges of American help in developing the Afghan economy and public

institutions. Yet the promises obscured a starker reality: Mr. Obama had accelerated the timetable for drawing down American troops, and he was looking beyond the war.

Speaking to a national TV audience from Bagram Air Base, he suggested that America's experience in Afghanistan had come full circle. "One year ago, from a base here in Afghanistan, our troops launched the operation that killed Osama bin Laden," he said. "The goal I set — to defeat Al Qaeda, and deny it a chance to rebuild — is now within our reach."

Earlier, Mr. Obama had met for an hour with Mr. Karzai. The two had long had a rocky relationship — on an earlier trip, Mr. Obama excoriated Mr. Karzai for the rampant corruption in the Afghan government — and this session did little to improve their rapport. Mr. Crocker recalled that the president was "very aloof, almost cold, which bothered me a bit because I'd worked a solid damn year to get Karzai in a better place with us."

Things never warmed up between them. When Mr. Karzai refused to sign a long-term security agreement with Washington, Mr. Obama gave up on him to focus on his successor, Ashraf Ghani. The experience left a lasting imprint on the president, his aides said. He concluded that without the right partner, it was impossible for the United States to succeed, no matter how much blood and treasure it poured into a country.

It was an insight that Mr. Obama applied to his relations with other countries, from Pakistan to Israel, where his poor relationships with the leaders impeded progress. "The most underappreciated part of foreign policy," Mr. Rhodes said, "is dealing with flawed partners."

ISIS, a New, Radiating Threat

When Mr. Obama convened his National Security Council that day in August 2015, the Taliban were regrouping again. They had carried out audacious terrorist attacks in the center of Kabul and had mounted a military offensive in the provinces of Kunduz and Oruzgan.

Worse, there was a new threat in the form of the Islamic State, also known as ISIS or ISIL, which sprouted in the poisonous soil of Iraq after the United States left and was finding recruits in the Hindu Kush.

Mr. Obama had rejected a chorus of calls in Washington to delay the drawdown, under which the residual force of American troops was to leave Afghanistan by the end of 2016.

"The mantra I heard was that the president does not want to hand off to his successor the mess he inherited," said Daniel F. Feldman, who served as the special representative to Afghanistan and Pakistan in 2014 and 2015.

But as the Islamic State became a dire enough threat to return American troops to Iraq, Mr. Obama felt compelled to change course on Afghanistan. "ISIL thrived in a vacuum in Iraq and it pointed to a similar vacuum in Afghanistan," Mr. Rhodes said.

Mr. Obama, he said, was prodded by more than fear. After a long stretch of political paralysis, Afghanistan formed a government with Mr. Ghani in the presidency. For the first time since taking office, Mr. Obama felt like he had a partner with whom he could do business. The American-trained Afghan Army was taking heavy casualties fighting the Taliban, and the president believed that the United States had an obligation to help them.

But as Mr. Obama's war council met that August morning, the level of American support remained the subject of intense debate.

Vice President Joseph R. Biden Jr., a skeptic about Afghanistan going back to 2009, argued that the country would revert to chaos, regardless of how long the United States stayed there. “It doesn’t matter if we leave tomorrow or 10 years from now,” he declared, according to those in the room. He was, he conceded, a “broken record” on this issue.

Gen. Martin E. Dempsey, who had succeeded Admiral Mullen as chairman of the Joint Chiefs of Staff, recommended that the United States maintain a military presence in Kabul, and at Bagram and a scattering of bases in the east and south. The 10,000 soldiers in the country would carry out a singular, ruthless mission of killing suspected terrorists and keeping the country from spiraling out of control.

The imperative, General Dempsey told Mr. Obama, was that Afghanistan fit into a broader counterterrorism policy from Central Asia to North Africa to extend “well beyond your presidency,” according to several officials.

Mr. Obama liked that idea. It was in line, he said, with the principles he had laid out in a 2014 speech at the United States Military Academy in West Point, N.Y., where he said America would train and equip foreign armies but leave the front-line fighting to them. He acknowledged that it would mean handing off Afghanistan to his successor as unfinished business.

“This goes to the politics of what I’m leaving for the next president,” he told the group, according to one of the participants. “My interest is not to sign them up for 10 years of X,” he added, referring to troop numbers, “but to lay out a vision and to put stakes in the ground for that vision.”

Mr. Obama now seems at an uneasy peace. In the interview in September, he disputed the suggestion that his policy had failed. He had, after all, reduced the number of American troops to fewer than 10,000 from more than 100,000. They were training and assisting Afghan troops, even if the line between that and actual combat was sometimes blurry.

The country had been broken to begin with, he said, and America was never going to fix it. “Afghanistan was one of the poorest countries in the world with the lowest literacy rates in the world before we got there. It continues to be,” Mr. Obama said. The country “was riven with all kinds of ethnic and tribal divisions before we got there. It’s still there.”

In the end, Afghanistan became the template for a new kind of warfare — a chronic conflict, across an arc of unstable states, in which the United States is a participant, if not the principal actor.

At a NATO summit meeting in Warsaw in July, Mr. Obama acknowledged that this prospect would disappoint an American public still suffering from combat fatigue. “It’s very hard for us ever to get the satisfaction of MacArthur and the emperor meeting, and a war being officially over,” he said.

“As commander in chief of the most powerful military in the world,” he went on, “I spend a lot of time brooding over these issues. And I’m not satisfied we’ve got it perfect yet.”

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern